

In Krakow beim hl. Lech

Junge Polen zwischen Business, Bohème und etwas Politik. Seite 3



Prekäres Netz

Unternehmen beuten Migranten und Geflüchtete aus – weltweit. Seite 17

Foto: 123rf/Richard Semik

Spitzel in München

Verdeckte Ermittler wollen die linke Szene infiltrieren. In München gibt es jetzt einen neuen Fall. Seite 18



Foto: AFP/Joel Saget

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 3. Februar 2016

71. Jahrgang/Nr. 28

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der Iowa-Mythos

Olaf Standke über den Beginn der Vorwahlen in den USA

Vorrangig weiß, konservativ, christlich und landwirtschaftlich geprägt, ist Iowa nicht unbedingt repräsentativ für die USA. Und doch wird den Vorwahlergebnissen in dem kleinen Bundesstaat geradezu politmystische Bedeutung zugemessen. Und tatsächlich gilt die Regel: Wer beim Auftakt der parteiinternen Ausschließungsrennen um die Präsidentschaftskandidatur nicht unter den ersten drei landet, schafft es auch nicht ins Weiße Haus.

Für Bernie Sanders und Donald Trump, gleichsam Antipoden im Bewerberfeld, ist also noch nichts verloren. Nur dürfte sich die denkbar knappe Niederlage gegen Hillary Clinton für den demokratischen Sozialisten fast schon als Sieg anfühlen, der gerade vielen jungen Wählern Hoffnung macht. Für sie ist der 74-jährige Sanders der einzig wählbare Kandidat, weil er die Vereinigten Staaten gerechter und sozialer machen will. Hassprediger Trump dagegen stürzte nach einem schrill-populistischen Eventwahlkampf regelrecht vom demoskopischen Thron.

Allerdings ist auch der republikanische Sieger, Tea-Party-Star Ted Cruz, ein knallharter Rechtsausleger, strikt gegen Abtreibung, strengere Waffengesetze, Einwanderungs- oder Gesundheitsreformen. Bleibt der Trost, dass ein solcher Auftakterfolg nicht zwangsläufig den Schlüssel für das Weiße Haus bedeutet. Wer kennt heute noch Mike Huckabee oder Rick Santorum, die 2008 bzw. 2012 die meisten Stimmen bei den Republikanern bekamen. Der Wahlmythos Iowa ist letztlich nicht mehr als ein Stimmungsbarometer.

UNTEN LINKS

Sigmar Gabriel, so konnte man in den letzten Tagen lesen, hat einen großen Beraterkreis. Einer allerdings gehört nicht dazu: Hans-Jochen Vogel, einer der Vorgänger des heutigen SPD-Vorsitzenden. Freilich ist dessen politischer Höhepunkt inzwischen schon 25 Jahre her – aber das fällt in die Zeit, in der Gabriel seine ersten sozialdemokratischen Erfahrungen machte. Wahrscheinlich hat auch Gabriel den zeitweiligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden und gescheiterten Kanzlerkandidaten Vogel genauso wie andere der nachrückenden Generation gern und oft als Bürokraten und Oberlehrer verspottet. Und ebenso wahrscheinlich wird er ihm heute dennoch zum 90. Geburtstag pflichtgemäß ein paar Zeilen aus dem Berliner Willy-Brandt-Haus nach München schicken. Dabei könnte Gabriel durchaus von Vogel lernen. Zum Beispiel die Vorliebe für Klarsichthüllen, auf die das SPD-Urgestein noch heute schwört. So ein bisschen Klarsicht – das stünde auch Gabriel gut. oer

An der Grenze des Scheiterns

Die Angst vor den Schlagbäumen geht um in Europa – vor allem in der Wirtschaft



Foto: dpa/Oliver Dietze

Berlin. Wie lange weht die Fahne der EU noch über dem Europadenkmal in Schengen? In dem luxemburgischen Örtchen im Dreiländereck des Großherzogtums mit Frankreich und Deutschland unterzeichneten die drei Staaten zusammen mit Belgien und den Niederlanden am 15. Juni 1985 das sogenannte Schengener Abkommen. In ihm verpflichteten sie sich zur Abschaffung von Personenkontrollen an den Landesgrenzen. Seit Mai 1999 ist der Vertrag in das EU-Recht integriert, und die Menschen konnten seither in der Gemeinschaft frei reisen und der Warenverkehr frei fließen.

Doch seitdem immer mehr Länder aus Angst vor der steigenden Anzahl von Flüchtlingen ihre Grenzen wieder kontrollieren und Forderungen laut werden, Griechenland aus dem Schengen-Raum auszuschließen, droht die dauerhafte Rückkehr des Schlagbaums in Europa. So würden die Grenzen nur weiterhin offen bleiben, wenn die EU-Flüchtlingspolitik reformiert wird, meinen Experten. »Die Grenzkontrollen wurden zwar abgeschafft, ein gemeinsames europäisches Asylsystem wurde aber allerhöchstens dem Namen nach geschaffen«, sagt etwa Nicolai von Ondarza von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Dies ruft auch die Wirtschaft auf den Plan. Ohne offene Grenzen kann »die Exportnation ihren Wohlstand nicht mehr erwirtschaften und die Sozialsysteme nicht mehr finanzieren – und zwar auf Jahrzehnte!«, warnt etwa der Präsident des Außenhandelsverbandes BGA, Anton Börner. Dabei ist die von der Wirtschaft angestoßene Art der Grenzdiskussion »sehr borniert«, wie der linke Ökonom Rudolf Hickel findet. Wer offene Grenzen wolle, müsse sich auch fragen lassen, was er denn selbst für die Integration der Flüchtlinge tue. »Dazu hört man wenig und dann vor allem, wie können wir billige Arbeitskräfte rausziehen.« spo Seite 2

Bernie Sanders probt die Revolution

Hillary Clinton und Ted Cruz siegen beim Auftakt der parteiinternen Vorwahlen in den USA

Niederlage für Donald Trump, Dämpfer für Hillary Clinton – die erste Vorwahl im US-Bundesstaat Iowa verlief für die bisher favorisierten Präsidentschaftsbewerber nicht gut.

Von Olaf Standke

Entscheidung per Münzwurf, auch das gehört zu den Besonderheiten einer Vorwahl in Iowa. Gleich in mehreren Wahlkreisen entschied bei Stimmgleichheit das Glück für Hillary Clinton, die am Ende denkbar knapp vor ihrem nunmehr einzigen Konkurrenten Bernie Sanders lag. Denn Ex-Gouverneur Martin O'Malley steigt bei den Demokraten aus dem Rennen um das Weiße Haus aus.

Nach 99 Prozent der übermittelten Stimmen kam Clinton auf 49,9 Prozent, der linksorientierte Senator Sanders auf 49,6 Prozent. Ihr Wahlkampfteam erklärte die einstige Außenministerin kurzerhand zur Siegerin. Sanders

sagte vor begeisterten Anhängern, vermutlich würden die demokratischen Delegiertenstimmen des Bundesstaates geteilt. Er erinnerte daran, wie sein Team weitgehend unbekannt und ohne Geld vor neun Monaten in den Wahlkampf gezogen sei. Da sei das, »was Iowa heute begonnen hat, eine politische Revolution.«

Klarer ging es bei den Republikanern zu. Dort entschied der ultrakonservative Senator Ted Cruz mit 27,7 Prozent die erste Vorwahl und zeigte sich nach diesem »Sieg für mutige Konservative« demütig: »Die Ehre gebührt Gott.« Er düpierte den in Umfragen bisher vorn liegenden rechts-populistischen Milliardär Donald Trump (24,3 Prozent). Knapp dahinter und deutlich besser als erwartet lag Marco Rubio. Der Senator aus Florida, der als gemäßiger republikanischer Kompromisskandidat gilt, erklärte, er wolle die Partei im weiteren Wahlkampf wieder einen. Cruz

inszeniert sich dagegen wie Trump als großer Streiter gegen das politische Establishment in Washington.

Nach Einschätzung der »New York Times« trug »Wut Ted Cruz zum Sieg. Und sie hinderte Hillary Clinton daran, einen echten Erfolg zu verbuchen.« Das Votum sei »Abbild eines heiß gelaufenen Amerikas, das so unzufrieden ist, dass es sich einem um sich schlagenden evangelikalen Republikaner zuwendet, der die Zerstörung eines von Korruption durchzogenen Systems fordert.«

Donald Trump ist nicht nur für Politikprofessor David Redlawsk der »große Verlierer des Abends«. Und laut »Washington Post« sind »die wahren Gewinner« Marco Rubio und Bernie Sanders »mit seinem Quasi-Unentschieden«. Langfristig sollte das Ergebnis von Iowa »Rubio zur Nominierung verhelfen« – und »Hillary Clinton könnte die größte Verliererin sein«, so das Blatt.

Nächste Wahlstation ist schon in der kommenden Woche New Hampshire, wo Sanders eine große Siegchance prognostiziert wird und Trump in den Umfragen ganz klar führt. Allerdings gehörten in Iowa auch die Meinungsforscher zu den Verlierern. Ziel der Bewerber beider Lager sind im Sommer die großen Parteitage, die dann endgültig die Präsidentschaftskandidaten benennen.

Seite 7

Lesen Sie heute im Ratgeber

Ab 1. Februar 2016 ist die IBAN für alle Pflicht

Umfrage zur Erbschaft bei Geldanlagen

Flexibler mit KitaPlus

Orban plant Notstandsgesetze

Ungarns Regierungschef will das Parlament aushebeln

Budapest. Ungarns Regierung will sich ein weitreichendes Notstandsrecht geben und möchte dafür die Verfassung ändern. Das berichtete das ARD-Studio Wien am Dienstag. So soll der Notstand ohne Zutun des Parlaments ausgerufen werden, um dann bürgerliche Freiheiten massiv einschränken zu können. Ministerpräsident Viktor Orban wolle für sich selbst »die völlige Ermächtigung – ohne, dass das Parlament Einspruch erheben darf«, empörte sich der ehemalige Finanzminister Lajos Bokros. Das gehe in Richtung Diktatur. »Wir werden mit allen Mitteln für unsere Freiheit kämpfen«, kündigte der Vorsitzende der Bewegung »Modernes Ungarn« an, der gemeinsam mit Hunderten Demonstranten vor dem Parlament in Budapest protestierte.

Bei Terrorgefahr – so die geplanten Notstandsgesetze – will die Regierung unter anderem die Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit einschränken, Grenzen schließen sowie Telefongesellschaften und Internet-Anbieter zu Abschaltungen zwingen. nd

Kommentar Seite 4

»Notbremse« soll Briten beruhigen

EU gesteht Cameron weitere Sonderregelungen zu

Brüssel. Die EU will Großbritannien weitere Ausnahmen und Sonderregelungen zugestehen, um einen Austritt des Landes aus der Union zu verhindern. Dazu gehört eine »Notbremse«, die ein Beschränken von bestimmten Sozialleistungen für zugewanderte EU-Bürger erlauben soll, wie EU-Ratspräsident Donald Tusk am Dienstag in Brüssel mitteilte. Für diesen Punkt sollen nach ergänzenden Angaben die EU-Verträge nicht geändert werden. In dem Text wird auch klargestellt, dass Großbritannien nicht verpflichtet ist, sich politisch weiter in die EU zu integrieren.

Der britische Premierminister David Cameron begrüßte die Reformvorschlüsse als »echten Fortschritt«. Cameron erwähnte explizit die »Notbremse« zur Einschränkung von Sozialleistungen. Es sei aber »noch mehr Arbeit zu tun«, sagte der konservative Politiker in London. Cameron will seine Landsleute möglicherweise noch in diesem Jahr über den Verbleib in der EU abstimmen lassen. Falls die Abstimmung scheitern sollte, käme es zum Austritt (»Brexit«). dpa/nd

WHO will Impfung gegen Zika fördern

Brasilien rät Schwangeren von einem Besuch des Landes ab

Genf. Die Einstufung als internationaler Gesundheitsnotfall soll dem Kampf gegen das Zika-Virus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge einen Schub verleihen. Eines der Hauptprobleme sei das Fehlen eines Tests, sagte ein WHO-Sprecher am Dienstag in Genf. »Wir wissen nicht, wann ein Mensch infiziert ist.« Die Entwicklung eines Impfstoffs werde voraussichtlich Jahre dauern. All das werde viele Millionen Dollar kosten.

Nun kommt es der WHO zufolge darauf an, bei den etwa 4200 Verdachtsfällen von möglichen Schädelgehirnverbindungen in Brasilien genau festzustellen, ob es sich tatsächlich um Mikrozephalie handelt. Bisher seien 270 Fälle bestätigt. Nur in wenigen Fällen habe die Mutter Zika gehabt, sagte der WHO-Mikrozephalie-Experte Anthony Costello.

Die brasilianische Regierung riet Schwangeren vom Besuch der Olympischen Spiele im August ab. Das Kinderhilfswerk UNICEF startete eine Spendenkampagne zum Schutz von Müttern und Schwangeren in den betroffenen Gebieten. dpa/nd Kommentar Seite 4

ISSN 0323-4940

